

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0332/2013/BV

Datum:
04.09.2013

Federführung:
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Beteiligung:

Betreff:

**Schülerfriedensbüro Heidelberg e.V.
Mietkostenzuschuss**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. September 2013

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Jugendhilfeausschuss	17.09.2013	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Gewährung eines Mietkostenzuschusses i.H. von 10.000.- € an den Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) für die Nutzung der Räumlichkeiten in der Luisenstraße 1 – 3 für das Jahr 2013 zu. Ab dem kommenden Jahr sollen die Räume vom Stadtjugendring Heidelberg zur Unterstützung der Jugendgruppenarbeit sowie politischer Gremienarbeit übernommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten 2013:	
Zuschuss	10.000,- €
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
• Ansatz in 2013	10.000,- €

Zusammenfassung der Begründung:

Der Verein Citizens of the United Nations e.V. (Schülerfriedensbüro) nutzt die Räumlichkeiten in der Luisenstraße 1-3 seit dem Jahr 2008.

Im Zusammenhang mit dem jährlichen Bericht des Vereins hatte der Jugendhilfeausschuss im November 2012 beschlossen, die Bewilligung des Mietkostenzuschusses zukünftig daran zu koppeln, dass die Räume wieder vorrangig von Initiativen Jugendlicher genutzt werden.

Die Entwicklung im Jahr 2013 zeigt, dass die Nutzer der Räumlichkeiten sehr intensiv an diesen Vorgaben gearbeitet haben, es aber offensichtlich sehr schwierig ist, Schülerinnen und Schüler für eine Mitarbeit zu motivieren. Aus diesem Grund soll die bisherige Nutzerstruktur zum Jahresende 2013 beendet werden und ab dem kommenden Jahr der Stadtjugendring die Vergabe der Räume übernehmen. Um die engagierte Arbeit der derzeitigen Nutzer zu würdigen, sollen aber im laufenden Jahr die entstehenden Mietkosten in Höhe von 10.000.- € aus dem Etat der Jugendhilfe übernommen und im Rahmen einer inneren Verrechnung direkt an das Amt für Schule und Bildung gezahlt werden.

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.09.2013

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.09.2013

1.1. Schülerfriedensbüro Heidelberg e.V.; Mietkostenzuspruch Beschlussvorlage 0332/2013/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Herr Knüpfer (Stadtjugendring), Stadtrat Gund, Stadträtin Rabus, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Dotter, Stadträtin Stolz und Herr Butt (Jugendgemeinderat)

Stadträtin Deckwart-Boller stellt den als Tischvorlage vorliegenden Sachantrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne / Generation HD vor. Es folgt eine Fragerunde an den Vertreter des Schülerfriedensbüro Herrn Kolbe. Es wurde angefragt was unternommen worden sei, um Schüler zur Mitarbeit in den Gruppen des Schülerfriedensbüros zu animieren und weshalb dies letztlich nicht gelungen sei. Weiterhin sollte geklärt werden, wie mit Anfragen zur Überlassung der Räumlichkeiten umgegangen wird und nach welchen Kriterien die Räumlichkeiten vergeben werden. Herr Kolbe konnte sich nicht erklären, weshalb trotz der umfangreichen im Bericht beschriebenen Aktionen keine Schüler für eine dauerhafte weitere Mitarbeit erreicht werden konnten. Zur Vergabe der Räumlichkeiten führt er aus, dass auf Grundlage des Mietvertrages Vergabekriterien aufgestellt worden seien. Hierbei hätte man bewusst politische Gruppierungen ausgeschlossen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen man bevorzuge bestimmte Gruppierungen wenn man einer politischen Gruppierung Räumlichkeiten überlässt und eine andere Gruppe ablehnt.

Im Laufe der weiteren Diskussion wird mehrfach die fehlende Transparenz der Nutzung der Räumlichkeiten hervorgehoben. Auch sei ursprünglich bei dem Beschluss einen Mietvertrag mit dem Schülerfriedensbüro abzuschließen im Vordergrund gestanden, dass die Nutzung durch Schüler stattfinde, die in der Regel über keine eigenen finanziellen Mittel verfügen. Das Engagement des Schülerfriedensbüros sich zu engagieren und eigenverantwortlich tätig zu sein wurde grundsätzlich als äußerst positiv bewertet. Daher wurde wiederholt eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendgemeinderat angeregt. Da kein Vertreter des Jugendgemeinderates anwesend war, erteilte Bürgermeister Dr. Gerner Herrn Butt, dem Vorsitzenden des Jugendgemeinderat der im Zuschauerraum zugegen war, das Wort. Herr Butt teilte mit, dass es bisher noch keine Kontaktaufnahme von Seiten des Schülerfriedensbüros mit dem Jugendgemeinderat gab.

Herr Bürgermeister Dr. Gerner stellte zunächst den **Antrag** der Fraktion Grüne/Generation HD zur Abstimmung:

- | |
|---|
| <ol style="list-style-type: none">1. Die Vorlage wird ohne Beschluss in den Jugendgemeinderat verwiesen.2. Zu der Behandlung im Jugendgemeinderat werden Vertreterinnen und Vertreter des Schülerfriedensbüros zugezogen.3. Zu der Behandlung im Jugendgemeinderat werden vom Schülerfriedensbüro und dem Stadtjugendring Nutzungskonzepte für die Räume in der Luisenstraße 1-3 vorgelegt. |
|---|

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 4 : 10 : 5 Stimmen

Danach stellt Herr Bürgermeister Dr. Gerner den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 10 : 02 : 05 Stimmen

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: beschlossen
Ja 10 Nein 02 Enthaltung 05

Begründung:

Nachdem das Schülerfriedensbüro seine ursprünglichen Räume aufgeben musste, wurden im Jahr 2008 von der Stadt die Räume in der Luisenstraße 1 – 3 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für Miete und Mietnebenkosten in Höhe von 10.000.- € / Jahr wurden seither aus dem Etat der Jugendhilfe getragen. Dies war möglich, da diese politische Jugendbildungsarbeit mit Schülern zum Aufgabenspektrum der Jugendhilfe gemäß der §§ 11 und 12 SGB VIII zählt.

Über die Jahre hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die im Schülerfriedensbüro mitarbeiten, drastisch verringert. Im Jugendhilfeausschuss im November 2012 teilte der 1. Vorsitzende des Vereins Citizens oft the United Nations e.V., Herr Kolbe, den Mitgliedern des Ausschusses schließlich mit, dass das Schülerfriedensbüro mittlerweile aus mehreren studentischen Initiativen bestehe und gar keine Schüler mehr mitarbeiten.

Die Stadt hat daraufhin dem Schülerfriedensbüro – Herrn Kolbe und Herrn Grädler - am 13.03.2013 mitgeteilt, dass die Nutzung der Räume durch studentische Gruppen nicht dem Mietvertrag entsprechen und damit seit dem 01.01.2013 entsprechende monatliche Miet- und Mietnebenkosten entstanden sind, die von den Nutzern zu zahlen sind. Nur wenn es den studentischen Gruppen gelingt, Schüler in überwiegender Anzahl in die Aktivitäten einzubinden, könnten die Mietkosten wie in den Vorjahren auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses von der Stadt übernommen werden. Dies wurde auch den Gruppen und Initiativen mitgeteilt.

Daraufhin haben diese verstärkt und ernsthaft versucht, Schüler in den Schulen anzusprechen und in ihre Aktivitäten einzubinden. Insbesondere die Schülermentoren von „Rock Your Life“ haben dies sehr intensiv versucht. Im Ergebnis hatten sie aber trotz großem Einsatz und Engagement keinen Erfolg. Eine ausführliche Beschreibung der Bemühungen und der erzielten Ergebnisse befindet sich in der Anlage.

Im Resultat ist festzuhalten: Das angestrebte Ziel, Schülerinnen und Schüler in die Initiativen einzubinden, ist trotz großartigem ehrenamtlichem Engagement nicht erreicht worden.

Um das Engagement der jungen Menschen zu würdigen und eine Fortführung der Arbeit nicht zu verhindern, schlägt die Verwaltung aber vor, dass die Gruppen die Räume in der Luisenstraße noch bis zum 31.12.2013 nutzen können, um sich in dieser Zeit nach neuen Räumlichkeiten umschauen zu können. Die aufgelaufenen Mietkosten sollen in Anerkennung des großen Engagements der derzeitigen Nutzer auch für 2013 noch einmal aus Mitteln der Jugendhilfe übernommen und im Rahmen einer internen Verrechnung an das Amt für Schule und Bildung ausgezahlt werden.

Laut Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15. November 2012 soll die Verwaltung der Räume zukünftig vom Stadtjugendring zur Unterstützung der Jugendgruppenarbeit und der politischen Gremienarbeit übernommen werden. Selbstverständlich sollen in diesem Rahmen auch engagierte Schülerarbeitsgruppen die Räume nutzen können.

Die Verwaltung bittet um Zustimmung.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Keine.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Stellungnahme des Schülerfriedensbüros
A 02	Inhaltlicher Antrag der Grüne/gen.hd vom 17.09.2013